

# Herforder Zeitung

Druck und Verlag Fr. Kuhle in Herford  
Postfachkonto Hannover 5796

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29-31  
Fernsprecher Nr. 83 und 151

Bezugspreis 3.60 Mark

vierteljährlich, bei Postbezug 3.60 Mark und Bestellgeld.  
Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags.

Anzeigenpreis 30 Pfennig

für die einspaltige Kleinzeile oder deren Raum für Stadt-  
u. Landkreis Herford, sonst 40 Pfg., Reklamen die Zeile 2 M.

General-Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 161

Herford, Montag, den 14. Juli

1919

## Die Aufhebung der Blockade.

### Wissells Abschied.

12. Juli. Wie die „B. Z.“ am Montag aus Weimar erfährt, hat Minister Wissell gestern in der Fraktionsführung seinen Freunden erklärt, daß er aus dem Reichswirtschaftsministerium ausscheidet und auch kein anderes Amt in der neuen Regierung zu übernehmen gedenkt.

13. Juli. Die „Politischen Nachrichten“ melden: Die Krise im Reichswirtschaftsministerium ist erledigt. Nachdem Reichswirtschaftsminister Wissell auf seinem Rücktritt beharrt und die Hamburger Genossenschaftler, denen das Amt angeboten worden war, ablehnten, wurde nochmals an den Reichsernährungsminister Schmidt mit der Aufforderung herangetreten, das Reichswirtschaftsministerium zu übernehmen. Robert Schmidt hat jetzt das Amt angenommen. Er verwaltet das Reichsernährungsamt kommissarisch weiter. Die Ernennung der Unterstaatssekretäre, insbesondere für das Reichswirtschaftsamt ist noch nicht vollzogen.

### Das Schulkompromiß.

14. Juli. Die Einigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Schulfrage ist noch nicht als endgültig anzusehen, da es sich vorerst nur um Abmachungen der Parteiführer handelt. Während beim Zentrum mit einer Zustimmung zu rechnen ist, bleibt es zweifelhaft, ob die Mehrheitssozialisten mit dieser Lösung einverstanden sind. Ihre endgültige Stellungnahme dürfte in der heute stattfindenden Fraktionsführung fallen.

14. Juli. Die Verfassungsfrage ist bereits beigelegt worden. In den Verhandlungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie hat die sozialdemokratische Fraktion sich bereit erklärt, die Beratungen über den zweiten Teil der Verfassung fortzuführen und die darin berührten Schulfragen auf Grund des bereits vorbereiteten Kompromisses erledigen zu lassen.

### Herford und Rupprechtsburg

Eine Erzählung  
aus der Geschichte der Stadt Herford  
von G. König.

78

Nachdruck verboten.

Der Pastor Gerhardt versuchte noch einmal seinen Einfluß auf die Bürgermeister und Ratsherren. Er ging von Haus zu Haus und stellte ihnen die Ausichtslosigkeit ihres ferneren Widerstandes vor. Corvey beehrte heftig auf und sagte: „Aber wir sind im Recht, und wenn wir das halten, was wir jetzt haben, wenn uns die Einquartierungslast und die Contributionen erspart bleiben, dann haben wir schon viel gewonnen.“

„Gewiß, das will ich nicht bestreiten“, meinte Pastor Gerhardt. „Es sind aber dafür neue Bewehrungen entstanden, welche nicht minder schwer drücken.“

„Gegen solche zum Himmel schreienden Mäueren muß uns Hilfe werden“, erwiderte Corvey. „Und wenn darüber auch abermals längere Zeit hingehen mag, wir können und dürfen nicht nachgeben, wenn wir nicht unter der anderen noch drückenderen Last des mit uns befreundeten Brandenburg zu Grunde gehen sollen.“

Der Pastor zuckte mit den Schultern. „Es ist ein Gebot der Klugheit, nachzugeben, wenn Widerstand aussichtslos ist.“

„Wie kannst du den Kurfürsten von Brandenburg auch nur einen Augenblick verteidigen, der so gegen unser Recht, gegen Kaiser und Reich aufgetreten ist?“, griff Fürstmann erregt ein.

12. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittagsitzung beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, den 12. Juli ab, aufzuheben.

Die fünfjährige Blockadezeit des Weltkrieges war, wie immer wieder hervorgehoben werden sollte, eine Zeit größter Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen seitens unserer Gegner. Gerade im Zeitpunkt ihrer formalen Aufhebung verlangt die Wahrheit und Gerechtigkeit, in der Stunde des Wiederbeginns friedlicher Arbeit darauf hinzuweisen, daß nach den internationalen Rechtsfassungen, die unsere Gegner feierlich unterzeichnet und beschworen hatten — um die volltönende Ausdrucksweise des Clemenceau'schen Stiles anzuwenden —, niemals ein kriegführendes Land mit den raffiniertesten Mitteln jeglicher Zuträger beraubt werden dürfen, wie dies die feindlichen Länder dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten gegenüber getan haben. Würden sich unsere Gegner an die internationalen Verträge gehalten haben, so hätte die Hungerblockade, die unsere Widerstandskraft schließlich unterminiert hat, niemals durchgeführt werden können. Es würde eine der dankbarsten Aufgaben wissenschaftlicher Forschung sein, in einem umfassenden Werk baldmöglichst das Netz raffinierter Unterbindung und Kontrolle des gesamten europäischen Verkehrs darzustellen, das die führenden Männer der Entente, die in der Hauptstadt wohl in London saßen, zum Zwecke der wirtschaftlichen Ersticken Deutschlands geknüpft hatten.

Und dennoch: Der deutsche Wille strafft sich wieder bei dem Gedanken, daß unser Wirtschaftskörper wider Seelstücken atmen soll. Vielleicht trägt dieser Wechsel auch zu innerer Erneuerung bei. Denn das ist das Verwundene an der Zeitgewinnung der „offenen Tür“. Sie muß sein ein mächtiger

Impuls zur Arbeit! Hoffentlich aber wird den Toren das Handwerk gelegt, die uns nun hantierend mit einer eigenhändig erfundenen Elle, der „Planwirtschaft“, diese Tür wieder ganz oder zum Teil zuzumauern wollen. Denn wir wollen frei sein von der Blockade von außen wie von innen!

Washington, 12. Juli. (Reuter.) Die Schiffsahrtsverbindungen mit Hamburg und Bremen werden wieder hergestellt, sobald die Ladungen dafür aufgebracht werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Aus den südlichen Häfen wird Baumwolle direkt nach Deutschland verschifft werden.

Washington, 11. Juli. (Reuter.) Der stellvertretende Staatssekretär verspricht, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland binnen 48 Stunden geschehen werden wird. Außer für Farbstoffe, Chemikalien und Stahl, die unter der Wiedergutmachungskommission stehen, werden Lizenzen ausgestellt werden. Die Schiffsahrtsbeschränkungen werden nicht beibehalten.

13. Juli. Infolge der Aufhebung der Blockade Deutschlands hat die französische Regierung den französischen Staatsbürgern unter gewissen Bedingungen die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen gestattet. Waren, deren Ausfuhr aus Frankreich freigegeben ist, können ohne Formalität nach Deutschland ausgeführt werden. Für Waren, deren Ausfuhr verboten ist, ist eine Spezialgenehmigung des Finanzministers notwendig. Deutsche Waren oder solche, die aus Deutschland kommen, können nur mit Spezialgenehmigung nach Frankreich eingeführt werden, die ebenfalls der Finanzminister erteilen muß. Zahlungen zwischen Deutschen und Franzosen bleiben im allgemeinen den alten Beschränkungen unterworfen. Es sind ferner alle Operationen unterliegt hinsichtlich feindlicher Güter, die unter Sequester stehen. Auch die Bezahlung von Kupons oder solcher Werte, die seit dem 1. August 1914 feindlichen Unterthanen gehören oder gehört haben. Der Verkauf und Einkauf von Mark ist nur durch Vermittlung einer zuständigen Bank nach den Befehl vom 3. April 18 gestattet.

es Recht gewesen, daß Korfage angeklagt wurde, die ihm zur Beförderung übergebenen Schreiben des Richters auf die Straße zu werfen?“

„Das hat der tolle Wismarer getan. Und er hat Recht getan. Der Rat hat es mit großer Mehrheit beschlossen gehabt, dem Richter Korfage, der uns nur Feindschaft gezeigt hat und noch jetzt keine Hilfe mehr zu leisten. Man sehe uns einen anderen Richter herbei, dessen Aufmaßes ist und der uns behandelt, wie wir es fordern können, so wird ihm jede Hilfe zu teil werden.“

„Der Herr v. Gern hält große Stücke auf den Richter.“

„Das glauben wir alle gern. Ein gefügigeres Werkzeug für seine Nachgedanken könnte er auch nicht finden.“

„So ist es“, setzte Corvey hinzu. „Vertragsmäßig steht dem Kurfürsten die Ernennung des Gaugrafen zu. Bei der Auswahl der Schöffen hat jedoch niemand mitzureden. Das wollte aber der Richter erzwingen. Die Handhabung der Gerichtsbarkeit durch diesen aufgeblähten Narren, dessen Lebensweise und Bosheit zum Himmel schreien, ist uns ein Greuel und sicher auch dir. Hört man denn auf der Sparenburg unsere berechtigten Klagen? Von wo aus wird mit Nichtachtung, Raub und Diebstahl gearbeitet, von uns aus, oder von der brandenburgischen Seite? Fürstmann war furchtbar erregt geworden. Der sonst so ruhige, sachlich denkende Mann, der nichts als das Wohl seiner Lieben und seiner Mitbürger im Auge hatte, war durch die unaufhörlichen Kämpfe, durch die überstandenen Leiden so durch und durch erschüttert, daß er sich oft selbst nicht mehr kannte. Aus dem sorgsam erwägenden, festen und tatkräftigen Meister der Bürgerschaft hatte sich ein leicht aufbrausender, fränkischer und reizbarer Partei-

gänger entwickelt, der erbittert auf seinem Kopfe bestand.

Gerhardt konnte nicht leugnen, daß die brandenburgischen Beamten, unter ihnen der Richter Korfage, recht viele Fehler begangen hatten, auch glaubte er, daß das juristische Recht auf Seiten der Stadt sei, das moralische ganz bestimmt. Er war aber von Sorge erfüllt für Herford und seine Freunde darin, denn die größere Macht war auf Seiten Brandenburgs, die größte Mächtigkeitslosigkeit jedenfalls. So ging er bekümmert, neue schwere Prüfungen befürchtend.

Der Winter 1651 auf 1652 trat mit ganz besonderer Kälte auf. Die Saaten, welche im Herbst erst herangekommen waren, wintereten aus und ließen eine schlechte Ernte befürchten. Wismar wanderte öfter in die Feldmark hinaus und besah seine ohne eine schützende Schneedecke dem scharfen Froste ausgelegten Saaten. Er hatte sich vorzüglich eingepackt gegen die Kälte und Mund und Ohren recht warm gekleidet. Stolz ging er dahin in dem frohen Bewußtsein, daß er bereits einen ziemlichlichen Vorrat an Kartoffeln geerntet hatte, er, der Einzige in Herford, der ihm die Möglichkeit vor Augen führte, demnächst nicht mehr allein von dem Ausfalle der Körnerernte abzuhängen. Im nächsten Frühjahr gedachte er ein größeres Stück Ackerland mit dieser ihm täglich besser gefallenen Frucht zu besetzen. Er war stolz auf sich, so etwas Besonderes zu haben und überhörte in diese angenehme Träumerei verfunken, das Herannahen einer Schär bewaffneter Bauern unter brandenburgischer Führung. Bevor er an Flucht denken konnte, war er umzingelt. Er wurde gefangen nach Bielefeld abgeführt, und dort nicht gerade glimpflich behandelt.

Fortsetzung folgt.

### Die Weichsel.

14. Juli. Die Internationalisierung der Weichsel, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, hat in Polen lebhafteste Erregung hervorgerufen. Die dortigen Regierungskreise sind zwar bereit, allen Schiffen das Recht freier Fahrt auf der Weichsel zu gewähren, doch müsse Polen politische Mitbestimmungsrechte anderer Staaten ablehnen.

14. Juli. Die militärischen Kommissionen sind in Danzig und Thorn eingetroffen, um die Uebernahme des Landes durch die Polen vorzubereiten. Die Uebernahme von Thorn und Westpreußen durch die Polen beginnt am 25. Juli. Den Deutschen wird es nicht gestattet sein, die Grenze fortzuführen, noch das Land von Privat- und Regierungsbeamten zu verlassen. Der Einzug der polnischen Truppen in Thorn ist für den 27. Juli in Aussicht genommen.

### Tschechische Rüstungen an der bayerischen Grenze.

13. Juli. Der „Neue Tag“ meldet, daß die Tschechen an der bayerischen Grenze ausgedehnte militärische Vorbereitungen treffen. Im Raume von Eisenstein sowie im Raume von Friedberg und Rastbach wurde die tschechisch-bayrische Besatzung bedeutend verstärkt. Am 12. Juli wurden die tschechischen Truppen 24. Inf.-Brigade ein. In Waller, Salau und Oberplan sind die Maschinengewehrstellungen bedeutend verstärkt worden sowie Schießstände und Schanzwege angelegt. In Schwarzbach und Oberplan wurden die Soldaten mit Spaten zum Aufheben von Schützengraben gezwungen, alles, weil man angeblich einen Angriff des bayerischen Volkes befürchtete, wo letzthin eine starke Strömung für die Erhaltung des Böhmerwaldes für das Deutsche Reich geltend gemacht habe.

### Türkenraube.

13. Juli. Konstantinopel, 13. Juli. Der Kriegsgericht verurteilte Talaat Pascha, Enver Pascha und Djemal Pascha in Abwesenheit zum Tode, Mustafa, Kiamil Ef-

fend, den ehemaligen Scheit III Isam und den frühe-  
ren Finanzminister David By zu 15 Jahren Zwangs-  
arbeit. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

## Ein Wrack.

Wth. Helgoland, 13. Juli. Der holländische Dampfer  
Grandarie treibt in beschädigtem Zustande, von der  
Mantelkraft verlassen, südlich von Helgoland in der  
Weiermündung. Die Mannschaft wurde vom Dampfer  
„Graf Gott“ vom Norddeutschen Lloyd, welcher sich auf  
einer Passagierfahrt nach Helgoland befand, aufgenom-  
men.

## Der freie Handel in der Schweiz.

Bern, 12. Juli. Wie der „Bund“ mitteilt, hat der  
Bundesrat heute dem Volkswirtschaftsdepartement die  
notigen Vollmachten erteilt, um die Aufhebung der S.  
S. in die Wege zu leiten. Die Mitteilung der all-  
seits Regierung über die sofortige Aufhebung der S.  
S. wird in kürzester Zeit erwartet, die Vor-  
arbeiten sind in vollem Gange, so daß ein rasches Tempo  
zu erwarten sei. Das Handelsamt enthält bereits  
eine Liste der Waren, für die mit Aufhebung der S. S.  
S. generelle Ausfuhrbestimmungen erteilt werden.

## Kleine Nachrichten.

In einer Betriebsversammlung der Berliner  
Bantagelwerke wurde der kürzlich gefällte Tar-  
tarifspruch abgelehnt und die Forderung einer  
hohen Entschädigungsumme aufgestellt.

Die Berliner Polizei hat eine Belohnung von  
1000 Mark für die Ergreifung des Mörders  
eines französischen Unteroffiziers ausgesetzt.

Der interalliierte Kolonialausschuß hat, wie  
Corriere della Sera erfährt, einstimmig den  
Grundsatz der „Offenen Tür“ für alle Staaten,  
unter Ausschluß jeden Vorbehalts für den Man-  
dataktatrat gutgeheißen.

Die Handelszensure für Deutschland ist zugleich  
mit der Blockade aufgehoben worden.

Finnländische Blätter drücken Entrüstung und  
Verachtung aus über das geplante Verfahren  
gegen den ehemaligen Kaiser und die führenden  
Männer des alten Deutschlands.

In Versailles fand am Freitag eine vorberei-  
tende Besprechung der deutschen und der Entente-  
Kommission über die Ausführungen der Lei-  
stungen und Lieferungen, die Deutschland im  
Friedensvertrag übernimmt, statt.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus  
antwortete die Regierung, daß am 1. Juli noch  
31 595 deutsche Kriegsgefangene in England be-  
schäftigt waren.

Aus den sächsischen Kohlenbezirken findet  
seit einiger Zeit eine sehr starke Abwanderung  
von Bergleuten nach dem Ruhrbezirk statt.

Die sächsische Volkstammer ist gestern vor-  
mittag geschlossen worden.

Die babilischen Eisenbahnen haben in einer  
Vertrauensmännerkonferenz in Mannheim neue  
Beförderungen von unabsehbarer Tragweite  
aufgestellt.

Der Badische Beobachter kündigt eine Regie-  
rungsstrafe in Baden an.

Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter  
in Washington veröffentlicht ein bemerkenswertes  
Programm zukünftiger deutsch-amerikanischer  
Politik.

In Newport hielten am Freitag 13000 Per-  
sonen eine Massendemonstration für Irlands  
Freiheit ab.

Genf, 12. Juli. (Schweizerische Depeschengenera-  
tor.) Der fliegende Padjoli hat heute vormittag als erster in  
einem Wasserflugzeug die Alpen überflogen, indem er  
die Strecke Sesto-Calendo-Genf via Simplon in einer  
Stunde 50 Minuten zurücklegte.

L. M. Chiasso, 14. Juli. In Italien soll der  
Generalstreik am 19. Juli um Mitternacht be-  
ginnen und bis zum 21. Juli dauern.

Wth. Badajoz, 12. Juli. (Neuter.) Die Sage in Por-  
tugal verschlimmert sich beständig. Der Eisenbahn-  
verkehr liegt vollständig still. Die Schienen sind aus den  
Schwellen gehoben. Die Tunnel sind verbarrikadiert.

## Herford und Winden- Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.  
Nachdruck unserer durch Mitarbeiter gelieferten Meldungen  
nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

14. Juli.

## Lebensmittel.

Kondensmilch wird von heute ab bis Dienstag, den  
15. Juli in der Markthalle an die Inhaber der Lebens-  
mittelscheine Nr. 9253-10 586 auf je 2 Warenmarken  
Nr. 7 1 Dose zu M. 2,65 abgegeben.

Lebensmittelliste.

## Bürgermeister Osmer über seine Aufgaben.

Der zum Bürgermeister unserer Stadt ge-  
wählte Bürgermeister, Vorsteher des Wohlfahrts-  
amtes Nowawes, Herr Osmer, schreibt uns:

In Bremen bin ich geboren. 1883 erblickte ich  
das Licht der Welt. Sieben Geschwister waren  
wir und ich der Älteste. Als ich 12 Jahre alt

war, starb die Mutter. Eine verdammt harte  
Jugend war's. Dafür bin ich meinem Vater dank-  
bar. Sein Stolz war es, alle seinen Jungen  
ein Handwerk erlernen zu lassen. Ich wollte  
Lehrer werden. Das Eintommen eines Unterbe-  
amten reichte hierzu nicht aus. Nach 4 Lehrjah-  
ren in einer großen Silberwarenfabrik, erfuhr  
mich der Wandertrieb. Ausgerüstet mit wenig  
Geld — viel Hoffnungen und einem Mitglieds-  
buch des deutschen Metallarbeiterverbandes „ging ich  
in die Fremde“. Täglich bin ich geschüttelt wor-  
den. Deutschland wurde mir bald zu eng. Frank-  
reich, Spanien und Italien waren die ersten  
Stappen. Später kam der Balkan an die Reihe.  
Neben meinem Beruf trieb ich volkswirtschaftliche  
Studien. England und Amerika interessierten  
mich besonders. In England bricht die große  
Revolution aus. Heute würde ich mich wundern,  
wenn ich nicht dabei gewesen wäre. Mit 26 Jah-  
ren werde ich stetig in meinem Schaffen. Die  
Gewerkschaftsbewegung berief mich zu ihrem Ange-  
stellten. Unendliche Freude und Befriedigung fand  
ich in meinen neuen Berufen. Alle die Widerwärtig-  
keiten, die im überreichen Maße dem Gewerks-  
chaftsangehörigen bereitet werden, haben meine  
Arbeitsfreude nicht getrübt. Die Methode des  
Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemo-  
kratie erhöhte meine Schaffensfreude. Sozialde-  
mokrat war ich immer. Zu ihr gekommen bin ich  
rein gefühlsmäßig, obwohl ich in streng konser-  
vativen Grundfassen erzogen bin. 1916 berief mich  
die Verwaltung der 28 000 Einwohner zählenden  
Industriegemeinde Nowawes zum volkswirtschaft-  
lichen Mitarbeiter. Warum? Weil es sich immer  
mehr zeigte, daß die alten Beamten nicht die viel-  
gestaltigen Fragen, die der Krieg neu gebracht hat,  
meistern können. Daß die Störungen und Hem-  
mungen nicht mehr schimmern würden, ist ledig-  
lich auf die außerordentliche Mithilfe der alten Be-  
amten zurückzuführen. Die neuen Verhältnisse  
erforderten eine andere Vorbildung und eine an-  
dere Menschenkenntnis, als wie sie unseren Be-  
amten anvertraut war. Den Beamtenlehre lehnte  
ich ab. Auf Drängen des gesamten Gemeindevor-  
standes-Kollegiums nahm ich das Amt an und  
wurde auf Privatdienstvertrag auf 12 Jahre an-  
gestellt. Im Dezember 1918 erfolgte meine lebens-  
längliche Anstellung. Das anfänglich bescheidene  
Büro hat sich im Laufe der Zeit zu einem großen  
Büro entwickelt: Arbeitsamt, Jugendfürsorge,  
Wohn- und Waisenberatung, Gesundheitsfür-  
sorge, Volksbildungsfragen, Rechtsauskunft  
und vieles andere mehr wurden meiner Amtsstelle  
übertragen.

Und was nun in Herford meine Arbeit sein  
wird? Das ist unendlich zu sagen, hängt auch  
in erster Linie nicht von mir ab. Was ich aber  
nicht tun werde, weiß ich bestimmt. Unbewährtes  
wird von mir nicht angestrebt werden. Zum Ex-  
perimentieren ist jetzt keine Zeit. Alle unsere  
alten Kommunalbeamten, ganz gleich, ob sie be-  
holdet oder ehrenamtlich arbeiten, müssen in der  
kommenden Zeit sehr viel Elastizität besitzen. Die  
völlig veränderten Zeitläufe haben andere Men-  
schen geschaffen. Diese bedürfen auch einer an-  
deren Behandlung und Betreuung. Die soziale Be-  
rufsarbeit wird mehr als bisher in den Vorder-  
grund treten. Die Anforderungen, die der soziale  
Beruf an seine Angehörigen stellt, sind außeror-  
entlich groß. Vor allem muß der Sozialbeamte  
Eignung, Kenntnisse und Hingabe an seinem Be-  
ruf besitzen. Eignung bedeutet: Opferbereite  
Menschenliebe, einen wachen Idealismus und  
Glauben an die Menschheit. Warmerherzige und  
opferbereite Menschenliebe bleibt nötig, wenn die  
Wohlfahrtspflege längst von der Caritas zur so-  
zialen Arbeit geworden ist. Hingabe und Idealis-  
mus ist nötig, weil es ohne Glauben an eine  
höhere Entwicklung der Menschheit an jeder Ziel-  
sicherheit der Arbeit fehlt. Kenntnisse und Schu-  
lung sind nötig, weil nur durch die Fähigkeiten  
des Einflusses der Zeit und das Verständnis  
entwickelt wird, deren man für jeden hilfreichen  
Umgang bedarf. Der Mensch kann dem Menschen  
nur Hilfe bringen, wenn er mit ihm fühlt, wenn  
fremde Not und fremdes Leid für ihn zum Eigen-  
en wird. Sein Wissen kann ihn lehren, die Not zu  
sehen und zu begreifen. Befähigen kann er sie nur,  
wenn er sie auch empfindet, wenn ihm die fremde  
Wunde im eigenen Herzen brennt.

Der Dezernatsleiter muß über den Einzelheiten  
stehen, sonst geht er darin unter. Seine einzelnen  
Dienstwege können nur dann die Höchstleistung  
erreichen, wenn die geeigneten Kräfte an die rich-  
tigen Stellen gebracht sind und wenn den Kräften  
dort volle Handlungsfreiheit für die im Namen  
der Gesamtverwaltung gegebenen Aufgaben ge-  
geben ist. Nur dann läßt sich Arbeitsfreudigkeit  
und Einsatz ganzer Persönlichkeiten erzielen. Ar-  
beitsfreudigkeit muß der ganzen Beamtenschaft  
und der gesamten Mitarbeiterchaft erhalten blei-  
ben. Im Allgemeinen sind unsere Verwaltungen  
durch ihren Entwicklungsgang viel zu umständlich  
geworden. Dadurch ist auch zu erklären, daß das  
Schema F die Sonderfälle häufig überwiegt. Ver-  
wandte Geschäftszweige müssen unter einem De-  
zernat vereinigt werden, damit wird Personal und  
Schriftverkehr im bedeutendsten Maße gespart  
und Reibungen werden in den Verwaltungen selbst  
vermieden. Bei der Vereinigung verwandter  
Zweige gewinnt auch das Publikum. Es braucht  
nicht an 10 Stellen zu laufen, um einen endgültigen  
Bescheid zu erwirken, sondern erhält ihn an einer Stelle endgültig. Und nun zum  
Schluß: Der kommende Mann hat seine Arbeit  
so einzurichten, daß die Bevölkerung ihre gesamt-

berechtigten Forderungen erfüllt erhalten  
kann. Darin liegt das Gemeinwohl und das  
allein muß maßgebend sein.

## Neuregelung der Gemeindesteuern.

Die Minister des Innern und der Finanzen  
haben zur Ausführung des Gesetzes über die Ge-  
meindesteuer im Rechnungsjahre 1919, wo-  
nach die Gemeinden die Steuer für Einkommen  
bis 3500 M. erniedrigen und für Einkommen über  
3500 M. mit erhöhten Zuschlägen bedenten können,  
Bestimmungen erlassen, die u. a. auch Fingerzeige  
für die in Aussicht genommene allgemeine Neu-  
regelung der Gemeindesteuern enthalten. Es  
heißt darin:

Das aus der Not des Augenblicks geborene  
Gesetz soll nicht der künftigen Neuregelung des  
Kommunalabgabensystems durch die bevorstehende  
Novelle zum Kommunalabgabengesetz vorgreifen,  
sondern nur für das laufende Rechnungsjahr den  
Gemeinden die Möglichkeit haben, gegenüber den  
augenblicklichen Steuerungs- und schwierigen Le-  
bensmittelverhältnissen breiterer Volksteile, die  
voraussichtlich noch im Laufe des Jahres andau-  
ern werden, für dieses Jahr die niedrigen Einkom-  
men stärker von der Gemeindegemeinschaft zu ent-  
lasten und dafür die höheren Einkommen höher  
heranzuziehen, als es nach der gegenwärtigen Ge-  
setzgebung zulässig ist. Die Entlastung der un-  
teren Einkommen bezieht sich dabei nur auf natür-  
liche Personen, während die stärkere Heranziehung  
der höheren Einkommen sowohl auf natürliche  
wie juristische Personen Anwendung findet. In  
der Durchführung des Kinderprivilegs wie in der  
Anwendung des Beamtenprivilegs wird nichts ge-  
ändert. Die Gemeindegemeinschaft bleiben nach wie  
vor gleichmäßig.

Sollte infolge der neuen Taxifizierung bei den  
höheren Einkommen ein über den Anfall bei den  
niedrigen Einkommen hinausgehendes Mehr des  
Prinzipalschulds erzielt werden, so würden die Ge-  
meindegemeinschaften entsprechend niedriger zu messen  
sein. Die Neuregelung erfolgt durch bloßen Ge-  
meindebescheid, der an sich der staatlichen Ge-  
nehmigung nicht bedarf. Ist bereits die Höhe der Ge-  
meindegemeinschaft festgelegt und von der Beschluß-  
behörde genehmigt, so muß die Gemeinde, wenn  
sie einen anderen Prozentsatz der Gemeindegemein-  
schaft herbeiführen will, erneute Genehmigung der  
Beschlußbehörde nachsuchen.

Bei der Ausführung des Gesetzes soll den Ge-  
meinden auch insofern möglichst Freiheit gelassen  
werden, als sie sowohl für das ganze Steuerjahr,  
wie mit Rücksicht auf die vorgedruckte Zeit nur  
für den Rest des Jahres von dem Recht der an-  
derweitigen Regelung auf Grund des neuen Ge-  
setzes Gebrauch machen können. Andererseits kön-  
nen die Gemeinden aber auch, wenn eine Veran-  
lagung berichtende bis zum 1. April 1919 rück-  
wirkende Neuregelung vornehmen.

Der Gesetzgeber vertritt, daß die Gemeindegemein-  
schaften dieses Recht nicht missbrauchen, sondern  
von ihm einen angemessenen Gebrauch machen.

## Neue Portogebühren.

Mit dem 10. Juli haben einige Portogebühren  
eine Erhöhung erfahren. Nachstehend geben wir  
eine Liste der neuen Gebühren wieder. Zur Ver-  
meidung von Nachfragen und schnelleren Abfer-  
tigung an den Schaltern wird es sich empfehlen  
sie auszuschnitten und aufzubewahren.

Das Postgebühren beträgt im Ortsbestellbezirk:  
1. für Postanweisungen . . . . . 10 Pf.  
2. für Zahlungsumweisungen bis 1500 M. 10 „  
für Zahlungsumweisungen von mehr  
als 1500—3000 M. . . . . 20 „  
3. für gewöhnliche Pakete, Wert u. Ein-  
schreibepakete:

I. bei den Postämtern 1. Klasse  
a) für Pakete bis 5 kg. einschließl. 30 „  
b) für schwerere Pakete . . . . . 40 „  
II. bei den übrigen Postanstalten  
a) für Pakete bis 5 kg. einschließl. 20 „  
b) für schwerere Pakete . . . . . 30 „  
4. für Wertbriefe:  
a) bis 1500 M. . . . . 10 „  
b) über mehr als 1500 M. . . . . 20 „

Im Landbestellbezirk. Das Postgebühren beträgt:  
1. für Postanweisungen . . . . . 10 Pf.  
2. für Zahlungsumweisungen bis 1000 M. 10 „  
3. für gewöhnliche Pakete, Wert u. Ein-  
schreibepakete:

a) bis 2½ kg. einschließl. . . . . 20 „  
b) für schwerere Pakete . . . . . 40 „  
4. für Wertbriefe . . . . . 10 „

## Aufhebung des Bezugsscheins.

Wolffs Teleg.-Büro teilt mit: Im Kabinett  
ist beschlossen worden, die im Besitz des Reichs be-  
findlichen Textilscheine und Fertigfabrikate  
sogleich auszuheften und die Waren teils dem  
freien Handel zuzuführen, teils die notleidende  
Bevölkerung damit zu versorgen. Ein Reichszu-  
schuß für die bürgerliche Bevölkerung kommt, wie  
gegenüber unrichtigen Pressemeldungen festzu-  
stellen ist, bei der gespannten Reichsfinanzlage  
nicht in Frage. Dagegen wird das Reich die  
Reichs-Textil-A.G. amweisen, für 300 Millionen  
Mark preiswerter Textilien für rückführende Krie-  
ger, Minderbemittelte usw. neu zu beschaffen. Die-  
ser Betrag reicht für eine durchgehende allgemeine  
Versorgung nicht aus; es wird aber damit gerech-  
net, daß die Bevölkerung sich noch anderweitig  
eindecken kann. — Die Reichs-Textil-A.G. soll in  
Kürze liquidiert werden, während die Reichsbelei-

stungsstelle nach der in den nächsten Tagen bevor-  
stehenden Aufhebung des Bezugsscheins ihre Tä-  
tigkeit auf die Textil-Rohstoffversorgung be-  
schränkt.

## Mehr Rechte der Provinzen.

Die preussische Verwaltung ist stets von dem Ge-  
danken ausgegangen, daß Preußen bereit sei, im Reich  
aufzugehen. Da indessen zur Zeit der Übergang zum  
Unitarismus durch bundesstaatliche Hemmnisse außer-  
ordentlich gehindert ist, sucht die preussische Ver-  
waltung den Zusammenhang des preussischen Staates  
durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Verhältnisses  
der Zentralregierung zu den Provinzen sicherzustellen.  
Von diesem Gesichtspunkt hat das Staatsministerium in  
der Sitzung vom 12. 7. beschlossen, einen Gesetzentwurf  
über die Einräumung erweiterter Selbständigkeitsrechte  
an die Provinzialverbände unverzüglich der Landes-  
versammlung vorzulegen, um vor deren Auseinander-  
gehen noch eine Durchberatung zu erreichen.

In diesem Gesetz wird dem Provinzialalltag das  
Recht zur Naturhistorischen Regelung solcher Fragen, die  
den Staat und Kommunalverwaltung betreffen, der  
Provinzialverwaltung nach den gemachten Erfahrungen  
ganz besonders an Herz liegen. Bei den Fragen der  
Schulverwaltung wird man besonders an die Erteilung  
des Religionsunterrichts in den Volksschulen und den  
Gebrauch der Muttersprache in den gemischtsprachigen  
Landesteilen zu denken haben. Von besonderer Wich-  
tigkeit ist die Einräumung des provinzialen Statutar-  
rechtes in Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung.  
Der beherrschende Gedanke ist hier, daß der Pro-  
vinzialalltag durch das Staat einigen Vertretern der  
breiten Schichten der Bevölkerung eine Beteiligung an  
der Verwaltung einer Staatsbehörde innerhalb der  
Provinz, also etwa der Bezirksregierung, ermöglichen  
kann. Diese Vertreter, als Beirat in geringer Anzahl  
organisiert, würden periodisch am Sitz der staatlichen  
Behörde, der sie beigegeben sind, zusammenzutreten und an  
den Vorhand dieser Behörde Wünsche, Anregungen und  
Beschwerden aus der Provinzialbevölkerung heranzu-  
bringen haben. Dem Provinzialalltag würde es frei-  
stehen, die Zusammenfassung und die Art der Wahl dieser  
Beiräte statutarisch zu bestimmen.

In jeder Linie will der Gesetzentwurf dem Pro-  
vinzialalltag das Recht einräumen, vor Beschluß der  
wichtigen Staatsstellen, das heißt der Stellen der po-  
litischen Beamten der Provinzialregierung mit einem  
Votum gehört zu werden. Das Oberste ist, daß  
das Statut zur Zeit einen Regierungsbezirk, aber  
keine Provinz bildet, so wird die Staatsregierung für die  
Zeit, nach dem die Wotmung zu einem Verbleiben bei  
Preußen geführt haben wird, die Bildung einer be-  
sonderen Provinz überdenken müssen. Damit würde  
auch Obersteilen von den erweiterten Autonomie-  
rechten, die der Gesetzentwurf den Provinzen einräumen  
will, Nutzen ziehen können. Der beschlossene Ge-  
setzentwurf wird der Natur des demokratischen Gedankens  
fest, daß die auf Ständeverständlichkeit beruhende Ver-  
waltung einen lebendigeren Anteil an Gesetzgebung und  
Verwaltung im Rahmen des Staatsorgans für sich in  
Anspruch nehmen und damit dem Vaterlande einen  
wirksameren Geist bieten sollen, als das bei der bis-  
herigen starren Organisation der Fall gewesen ist.

Der Gesetzentwurf wird etwa so lauten:

Gesetzentwurf über die Einräumung erweiterter Selbst-  
ständigkeitsrechte der Provinzialverbände. § 1. Die  
Provinzialalltags sind berechtigt, Provinzialalltags  
über folgende Angelegenheiten zu beschließen. 1. Über  
die Regelung solcher Fragen der Schulverwaltung, welche  
für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen ein be-  
sonderes Interesse haben. 2. Über Beförderungen des  
Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verwaltungsrechtes,  
soweit die Gesetze Abweichung gestatten oder auf solche  
verweisen. 3. Über die Einführung einer zweiten Amts-  
sprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Ge-  
bieten. 4. Über die Einrichtung von Beiräten zu den  
staatlichen Behörden, die innerhalb der Provinz beizugeben  
sind. Aufgabe des Provinzialalltags ist es, die Zusammen-  
fassung und die Art der Wahl dieser Beiräte ent-  
sprechend den Interessen der Provinzialbevölkerung zu  
regeln. \* 2. Die Provinzialalltags. (§ 1) unterliegen  
der Befehlsgewalt durch die Staatsregierung. § 3. Vor  
Beschluß der Stellen der politischen Beamten innerhalb  
einer Provinz ist der Provinzialalltag zu hören. § 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Bekannt-  
machung in Kraft.

## Neue Zugverbindung mit Bünde.

Zwischen Herford und Bünde verkehrt seit heute  
ein weiteres Zugpaar. Der von hier abgehende  
Zug verläßt Herford um 9<sup>00</sup> Uhr vormittags  
und trifft in Bünde um 10<sup>16</sup> Uhr ein. Der  
Gegenzug geht um 1<sup>14</sup> Uhr von Bünde ab und  
endet auf dem Bahnhof Herford um 2<sup>11</sup> Uhr.  
Über die Abfahrtszeiten auf den Zwischenhal-  
tungen gibt der heutige Anzeigenteil Auskunft.

— Höhere Steuerzulagen für Be-  
amte. Wie wir erfahren, ist die Stadt Herford  
aus der Steuerklasse C in die Klasse B ver-  
setzt worden. Dieser Aufstieg ist lediglich dem  
Entgegenkommen des preussischen Finanzministers  
zu verdanken.

— Mehr Brot! Die „Deutsche Allgemeine  
Zeitung“ meldet aus Weimar, daß vom 1. Okto-  
ber ab eine Erhöhung der Brotration erfolgen  
wird. Die Steigerung der Ausmahlung des Ge-  
treides bezweckt eine größere Menge Mehl für die  
Vielzahl der zu gewinnenden. Ferner sind in An-  
genommen große Getreidemengen aufgelaufen, die  
bereits zum Teil auf dem Wasserwege unter-  
wegs sind.

Dem Volkswirtschaftsausschuß der National-  
versammlung sagte Reichsminister Schmidt zu,  
daß Weizen von nun an nur zu 80 Proz., Roggen  
zu 82 Proz. ausgemahlen werden soll, was eine  
wesentliche Verbesserung des Mehles und Brotes  
bedeutet. Der Entwurf der Verordnung über die  
Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde mit  
einigen Änderungen mit 2 gegen 1 Stimme bei  
6 Stimmenthaltungen angenommen. Der vorge-  
sehene Reichszuschuß von 100 M. für die Tonne  
wird vorerst bis Oktober gewährt werden

— Ermäßig-  
vinzialalltags  
niffen, die in-  
des Specks in  
Sendungen vor-  
braucher eine  
beträgt 15 Pf.  
Ware, soweit di-  
billiger ausgebe-

— Tee, Kaffee,  
für Kolonialwaren  
auf, jede Abverfor-  
miffar gibt fol-  
angewiesen an  
bis 13 M., Ro-  
bis 15 M., alle  
Bezahlung der  
Mahl vor, als in  
Lage sein dürfte,  
angegebenen Preis

— Herforder  
Kriegsgefangenen  
reiden Kriegsge-  
gefangenen-Spen-  
dierte Mütter i-  
ford, überwiegen  
eingangs.

— Zu etabli-  
den Herrn Ober-  
die Herren M-  
beim hiesigen M-  
— Fortbildungs-  
Besuch der Stadt  
Stadt Leipzig für  
dreiwöchige Fortbi-

1. Die Wohn-  
und im Publikum  
tet, daß gerichtl.  
Wohnungen über-  
dürfen. Diese A-  
auf einer herge-  
riaherfügung, di-  
Dieser trigen M-  
nunmehr selbst ein-  
hebt, daß er zu e-  
Gesetze nicht bestim-  
nung gibt lediglich  
zieher ein Mamm-  
vollkommen darf,  
benachteiligen in-  
für Unterfrucht der  
der Gerichtsbarkeit  
wirkt (wobei er E-  
anderen Tag Ep-  
pflichtgemäß zur  
wenn es der Ent-  
kommen wird) in  
derweite Unterfrucht

— Westfälische  
Die in den Zeit-  
ist in vielen Fällen  
es wird deshalb  
die Westfälische  
eine Versicherung  
Die Versicherung  
neid zu dem ter-  
geben hat, müßte  
wählt werden. Es  
für jeden gefall-  
stiftungen“, son-  
der laut Mithilfe  
gefallenen Kriegs-  
rungsanteile, ein-  
Anträge auf Zah-  
demnach zwecklos.

— Berufsausschuß  
wichtigen Aufpas-  
geht die Berufs-  
Waisen. Die hiesi-  
Koblenz dar, dessen  
falsch, sondern dar-  
Volkswirtschaft zug-  
Wichtigkeit dieser  
die Bundesstaaten  
ihre Sondermittel  
dern, die in den  
einkreuten sollen, ein-  
lichen, sowie be-  
licher Tätigkeit zu-  
zur Berufsständ-  
Kriegsgefangenen  
ständigen Stellen  
Nat erteilen die  
der deutschen Lan-  
stelle Berlin M. 50,  
arbeitung entsprache  
übernehmen.

— r. Entlassungen  
Krankheiten. In  
erwählten sich auch  
Stadt Herford 2  
Krankheiten an Unter-  
bor 1 Todesfall an  
eine Schärlich-Er-  
— Im gesamten Re-  
der vorgekommenen  
Lungen, ein Todesfall  
Todesfälle, 7 Entlass-  
an Unterleibshypothese,  
doch, eine Podenere-  
krankheit.

— m. Reichs-Beute.  
find folgende Lebens-  
Bund Vater, 42 Ta-  
folade, 709 Stind Sei-  
Winter, 89 Stind Sei-  
Lebensmittel, die  
übrigen Lebensmittel

— r. Entlassungen  
Krankheiten. In  
erwählten sich auch  
Stadt Herford 2  
Krankheiten an Unter-  
bor 1 Todesfall an  
eine Schärlich-Er-  
— Im gesamten Re-  
der vorgekommenen  
Lungen, ein Todesfall  
Todesfälle, 7 Entlass-  
an Unterleibshypothese,  
doch, eine Podenere-  
krankheit.

— m. Reichs-Beute.  
find folgende Lebens-  
Bund Vater, 42 Ta-  
folade, 709 Stind Sei-  
Winter, 89 Stind Sei-  
Lebensmittel, die  
übrigen Lebensmittel



